

**Grundordnung**  
**der Julius-Maximilians-Universität Würzburg**  
**in der Fassung der Bekanntmachung**  
**vom 15. Juli 2002\* (KWMBI II 2004 S. 390)**

**Geändert durch die Satzung zur Änderung der Grundordnung**  
**der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg**  
**vom 28. Mai 2004 (KWMBI II S. 2261)**

Aufgrund des Art. 6 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes erlässt die Julius-Maximilians-Universität Würzburg folgende

**Grundordnung:**

**Inhaltsübersicht:**

§ 1 Wappen der Universität

**I. Leitung der Hochschule**

§ 2 Präsidialkollegium

§ 3 Vertretung des Vorsitzenden des Präsidialkollegiums

**II. Organe und Gremien des Zentralbereichs**

§ 4 Erweiterter Senat

§ 5 Senat

§ 6 Ständige Kommissionen

**III. Organe und Gremien der Fakultäten**

§ 7 Amtszeit des Dekans, des Prodekanes und des Studiendekans

§ 7a Bestellung eines weiteren Studiendekans

§ 8 Fachbereichsrat

§ 9 Gemeinsame Kommission für Fragen der Didaktik

**IV. Gemeinsame Vorschriften**

§ 10 Außerordentliche Sitzungen

**V. Berufungen**

§ 11 Vorbereitung und Einleitung des Verfahrens

---

\* Neubekanntmachung der Grundordnung vom 20.02.1991 (KWMBI II 1991 S. 348)

- § 12 Vorbereitung der Vorschlagsliste im Berufungsausschuss
- § 13 Beschluss der Vorschlagsliste durch den Fachbereichsrat
- § 13a Stellungnahmerecht des Präsidialkollegiums
- § 14 Beschluss der Vorschlagsliste durch den Senat
- § 15 Besondere Regelungen für das Biozentrum
- § 16 Sondervoten

## **VI. Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter**

- § 17 Bildung des Konvents

## **VII. Frauenbeauftragte**

- § 18 Stellung, Funktion, Rechte und Pflichten der Frauenbeauftragten
- § 19 Wahl, Stellvertretung, Amtszeit
- § 20 Konferenz der Frauenbeauftragten

## **VIII. Studentenvertretung**

- § 21 Studentischer Konvent
- § 22 Sprecherrat
- § 23 Fachschaftsvertretung und Fachschaftssprecher

## **IX. Wahlvorschriften**

### **1. Abschnitt: Wahl des Präsidenten**

- § 24 Allgemeines
- § 25 Wahlorgane
- § 26 Ausschreibung
- § 27 Erstellung der Vorschlagsliste und Ladung zur Wahl
- § 28 Wahl
- § 29 Annahme der Wahl
- § 30 Wiederholung der Wahl

### **2. Abschnitt: Wahl der anderen Mitglieder des Präsidialkollegiums**

- § 31 Allgemeines
- § 32 Wahlvorschläge und Ladung zur Wahl
- § 33 Wahl
- § 34 Wiederholung der Wahl

### **3. Abschnitt: Wahl des Dekans, des Prodekans und des Studiendekans**

- § 35 Wahl des Dekans, des Prodekans und des Studiendekans

### **4. Abschnitt: Wahl des Vorsitzenden des Studentischen Konvents und des Sprecherrats**

- § 36 Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters
- § 37 Wahl des Sprecherrats

## **5. Abschnitt: Wahl der Klinikumskonferenz**

§ 37a Klinikumskonferenz

### **X. Schlussvorschriften**

§ 38 Übergangsvorschriften

§ 39 In-Kraft-Treten

### **Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:**

Die Bezeichnung weiblicher und männlicher Personen durch jeweils eine Form in der nachstehenden Grundordnung bringt den Auftrag der Hochschule, im Rahmen ihrer Aufgaben die verfassungsrechtlich gebotene Gleichstellung von Mann und Frau zu verwirklichen, sprachlich nicht angemessen zum Ausdruck. Auf die Verwendung von Doppelformen oder anderer Kennzeichnungen für weibliche und männliche Personen wird jedoch verzichtet, um die Lesbarkeit und Übersichtlichkeit zu wahren. Mit allen im Text verwendeten Personenbezeichnungen sind stets beide Geschlechter gemeint.

### **§ 1**

#### **Wappen der Universität**

Die Julius-Maximilians-Universität Würzburg führt als geschichtliches Wappen das Wappen ihres Gründers Julius Echter von Mespelbrunn.

## **I. Leitung der Hochschule**

### **§ 2**

#### **Präsidialkollegium**

(1) Die Julius-Maximilians-Universität Würzburg wird durch ein Präsidialkollegium geleitet.

(2) Das Präsidialkollegium setzt sich zusammen aus

1. einem hauptberuflichen Vorsitzenden, dem Präsidenten, der zugleich Vorsitzender der Ständigen Kommission für Hochschulplanung ist,
2. dem Kanzler, der zugleich Vorsitzender der Ständigen Kommission für Haushalts-, Raum- und Bauangelegenheiten ist,
3. einem Professor, der zugleich Vorsitzender der Ständigen Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs sowie für Wissens- und Technologietransfer ist,
4. einem Professor, der zugleich Vorsitzender der Ständigen Kommission für Lehre und Studierende ist,
5. einem weiteren Professor für die Geltungsdauer der Verordnung über organisationsrechtliche Regelungen an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg vom 16. Februar 2004 (GVBl S. 26), und

6. einem Mitglied der Hochschule i.S.v. Art. 2 Abs. 1 BayHSchLG.

(3) Der Präsident führt im Amt die Ehrenbezeichnung „Magnifizenz“.

(4) Die Amtszeit des Präsidenten beträgt 12 Semester. Die Amtszeit der weiteren gewählten Mitglieder des Leitungsgremiums beträgt 6 Semester.

### **§ 3**

#### **Vertretung des Vorsitzenden des Präsidialkollegiums**

Der Präsident wird in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten einschließlich Haushalts-, Bau- und Personalangelegenheiten durch den Kanzler, im Übrigen durch ein Mitglied des Präsidialkollegiums in der Reihenfolge gemäß § 2 Abs. 2 Nrn. 3 bis 5 vertreten.

## **II. Organe und Gremien des Zentralbereichs**

### **§ 4**

#### **Erweiterter Senat**

Dem erweiterten Senat gehören an

1. die Mitglieder des Senats,
2. die Fachbereichssprecher oder, falls ein Fachbereichssprecher gewähltes Mitglied des Senats ist, sein Stellvertreter,
3. vier Vertreter der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter,
4. zwei Vertreter der sonstigen Mitarbeiter,
5. vier Vertreter der Studenten.

### **§ 5**

#### **Senat**

Dem Senat gehören an

1. der Vorsitzende des Präsidialkollegiums,
2. die anderen gewählten Mitglieder des Präsidialkollegiums sowie der Kanzler,
3. zwölf Vertreter der Professoren,
4. vier Vertreter der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter,
5. zwei Vertreter der sonstigen Mitarbeiter,
6. vier Vertreter der Studenten,
7. die Frauenbeauftragte der Hochschule,
8. die Dekane mit beratender Stimme,
9. der Ärztliche Direktor des Klinikums mit beratender Stimme.

### **§ 6**

#### **Ständige Kommissionen**

(1) An der Universität Würzburg bestehen Ständige Kommissionen für

1. Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs sowie für Wissens- und Technologietransfer,
2. Hochschulplanung,
3. Haushalts-, Raum- und Bauangelegenheiten,
4. Lehre und Studierende,
5. Angelegenheiten der Universitätsbibliothek und des Zentrums für Sprachen und Mediendidaktik,
6. Angelegenheiten des Rechenzentrums.

(2) Die Vorsitzenden der in Abs. 1 Nrn. 5 und 6 genannten Ständigen Kommissionen werden durch den Senat auf Vorschlag des Präsidialkollegiums bestellt.

(3) Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beginnt jeweils am 1. Oktober und beträgt ein Jahr. Die Amtszeit der übrigen Mitglieder beträgt zwei Jahre; sie richtet sich nach der Amtszeit der Mitglieder des Senats. Wiederbestellung ist zulässig.

### **III. Organe und Gremien der Fakultäten**

#### **§ 7**

#### **Amtszeit des Dekans, des Prodekans und des Studiendekans**

(1) Die Amtszeit des Dekans und des Prodekans beträgt zwei Jahre. Die Amtszeit des Studiendekans beträgt vier Jahre.

(2) Ist die Amtszeit des Dekans länger als die Amtszeit des Fachbereichsrats oder gehört der Dekan nicht als Vertreter der Professoren oder nach Art. 40 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 1 bis 3 BayHSchG dem Fachbereichsrat an, ist der Dekan bis zum Ablauf seiner Amtszeit als Vorsitzender stimmberechtigtes Mitglied des Fachbereichsrats. Die Amtszeit des Prodekans endet mit Ablauf der Amtszeit, für die er als Professorenvertreter gewählt ist.

(3) Dekan, Prodekan und Studiendekan können von ihrem Amt zurücktreten, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Fachbereichsrat.

(4) Der Dekan führt im Amt die Ehrenbezeichnung „Spektabilität“.

#### **§ 7 a Bestellung eines weiteren Studiendekans**

(1) Für die Fakultät für Mathematik und Informatik sowie für die Fakultät für Chemie und Pharmazie wird jeweils ein weiterer Studiendekan gewählt.

(2) Die Aufgabenbereiche werden wie folgt festgelegt:

- (a) Fakultät für Chemie und Pharmazie: Ein Studiendekan ist für das Fach Chemie zuständig, der andere für die Fächer Pharmazie und Lebensmittelchemie.
- (b) Fakultät für Mathematik und Informatik: Ein Studiendekan ist für das Fach Mathematik zuständig, der andere für das Fach Informatik.

## § 8 Fachbereichsrat

- (1) Dem Fachbereichsrat der Medizinischen Fakultät und der Philosophischen Fakultät III gehört die doppelte Zahl von Gruppenvertretern an.
- (2) In den folgenden Angelegenheiten können auf Beschluss des Fachbereichsrats alle nicht entpflichteten Professoren einer Fakultät beratend mitwirken:
1. bei der Bildung des Berufungsausschusses,
  2. bei der Erörterung der Studien- und Prüfungsordnungen sowie der Studienpläne,
  3. bei der Erörterung des Lehrangebots einschließlich der Vergabe von Lehraufträgen und Gastvorträgen,
  4. bei der Erörterung von Vorschlägen zur Bestellung von Honorarprofessoren sowie von Anträgen auf Erteilung der Lehrbefugnis und
  5. bei der Erörterung von Bibliotheksangelegenheiten.

## § 9 Gemeinsame Kommission für Fragen der Didaktik

- (1) Der Gemeinsamen Kommission für Fragen der Didaktik gehören an
1. 21 Vertreter der Professoren, die nach der Funktionsbeschreibung ihrer Stelle eine Fachdidaktik wahrnehmen oder der Philosophischen Fakultät III angehören,
  2. sechs Vertreter der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter,
  3. drei Vertreter der sonstigen Mitarbeiter,
  4. sechs Vertreter der Studenten.
- (2) Die Mitglieder werden durch den Senat bestellt.
- (3) Die Amtszeit beträgt für die studentischen Mitglieder ein Jahr, für die übrigen Mitglieder drei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter werden durch den Senat aus dem Kreis der Mitglieder der Gemeinsamen Kommission bestellt.

## IV. Gemeinsame Vorschriften

### § 10 Außerordentliche Sitzungen

Auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder eines Kollegialorgans ist dessen Vorsitzender verpflichtet, innerhalb von zwei Wochen eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. In dem Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung sind die Gegenstände, derentwegen die außerordentliche Sitzung stattfinden soll, zu bezeichnen; die Dringlichkeit der Sitzung ist zu begründen.

## **V. Berufungen**

### **§ 11**

#### **Vorbereitung und Einleitung des Verfahrens**

- (1) Wird eine Stelle für Professoren dadurch frei, dass ihr Inhaber die Altersgrenze erreicht, soll das Berufungsverfahren spätestens 18 Monate vor diesem Zeitpunkt, in allen anderen Fällen unverzüglich, durch die Fakultät eingeleitet werden. Die Einleitung des Berufungsverfahrens ist dem Präsidialkollegium unverzüglich anzuzeigen; für das Berufungsverfahren bestellt die Hochschulleitung einen Professor als Berichterstatter. Stellung, Funktion sowie Rechte und Pflichten des Berichterstatters ergeben sich aus Art. 56 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG.
- (2) Der Dekan beantragt unverzüglich die Entscheidung nach Art. 56 Abs. 2 BayHSchG. Dem Antrag ist eine entsprechende Beschreibung der Stelle, auch in Bezug auf die personelle und sachliche Ausstattung, beizufügen.
- (3) Hat der Senat festgestellt, dass die Wiederbesetzung der Stelle geboten ist und welcher Fachrichtung sie dienen soll, bestellt der Fachbereichsrat im Einvernehmen mit dem Präsidialkollegium einen Berufungsausschuss, dessen Zusammensetzung sich nach Art. 56 Abs. 3 Sätze 3 und 4 BayHSchG richtet. Vorsitzender des Berufungsausschusses ist der Dekan.
- (4) Die Fakultät legt einen Ausschreibungstext vor. Nach dessen Genehmigung durch das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst erfolgt die Ausschreibung.

### **§ 12**

#### **Vorbereitung der Vorschlagsliste im Berufungsausschuss**

- (1) Der Berufungsausschuss hat sicherzustellen, dass die Vorschlagsliste in den Fällen, in denen eine Stelle dadurch frei wird, dass ihr Inhaber die Altersgrenze erreicht, spätestens neun Monate vor diesem Zeitpunkt, in den übrigen Fällen spätestens sechs Monate nach dem Zeitpunkt, in dem die Hochschule von der Neuschaffung oder dem Freiwerden der Stelle Kenntnis erhält, dem Senat vorgelegt werden kann.
- (2) Der Berufungsausschuss kann aus den Bewerbungen anhand der vorgelegten Unterlagen eine Vorauswahl treffen.
- (3) Der Berufungsausschuss kann Personen, die dem Ausschuss nicht als Mitglieder angehören, als Sachverständige oder Auskunftspersonen anhören.
- (4) Der Berufungsausschuss bestimmt die auswärtigen bzw. nicht dem Hochschulbereich zuzuordnenden Gutachter; die nach Art. 56 Abs. 4 Satz 7 BayHSchG erforderlichen Gutachten werden vom Vorsitzenden des Berufungsausschusses eingeholt. Sofern Mitglieder der eigenen Hochschule in die engere Auswahl kommen, sind vergleichende Gutachten einzuholen. Nach Eingang der Gutachten entscheidet der Berufungsausschuss, ob weitere Gutachten, ggf. auch für neue Kandidaten, einzuholen sind.
- (5) Der Vorsitzende des Berufungsausschusses soll die in die engere Wahl gezogenen Personen zu Vorträgen einladen, die u.a. der Feststellung der pädagogischen Eignung durch die Fakultät dienen. Diese Vorträge sind den Mitgliedern des Fachbereichsrates bekannt zu geben.

(6) Nach Vorliegen der Gutachten, die auch nach den Vorträgen eingeholt werden können, und nach den Vorträgen legt der Berufungsausschuss unter Berücksichtigung etwaiger Erkenntnisse über die Evaluierung der Lehre die in die Vorschlagsliste aufzunehmenden Personen und die Reihenfolge ihrer Aufnahme fest. Dabei sind die Vertreter der Studenten im Fachbereichsrat zur pädagogischen Eignung der Vorgeschlagenen zu hören. Die Vorschlagsliste ist unverzüglich dem Fachbereichsrat vorzulegen. Der Vorschlagsliste ist die Äußerung der Studentenvertreter sowie eine Stellungnahme der Frauenbeauftragten beizufügen. Findet die Stellungnahme der Frauenbeauftragten keine Berücksichtigung bei der Zusammenstellung der Vorschlagsliste, ist eine schriftliche Begründung des Berufungsausschusses abzugeben, die der Vorschlagsliste zur Entscheidung an das Ministerium beigelegt wird. In Berufungsausschüssen, die Vorschlagslisten für die Besetzung von Professorenstellen ausarbeiten, mit denen die Übernahme der Funktion des Vorstands einer Klinik oder sonstigen klinischen Einrichtung oder des Leiters einer in einer klinischen Einrichtung eingerichteten Abteilung verbunden ist, ist ferner der Ärztliche Direktor des Klinikums zu hören; seine Stellungnahme ist der Vorschlagsliste beizufügen.

### **§ 13**

#### **Beschluss der Vorschlagsliste durch den Fachbereichsrat**

(1) Der Fachbereichsrat beschließt über die Vorschlagsliste. Er ist an die vom Berufungsausschuss vorbereitete Vorschlagsliste nicht gebunden. Will er von ihr abweichen, soll er die Liste zuvor dem Berufungsausschuss unter Darlegung seiner Bedenken zur erneuten Behandlung zurückgeben. Der Fachbereichsrat kann hierfür die Einholung weiterer Gutachten fordern.

(2) Bleiben die Bedenken nach erneuter Behandlung im Berufungsausschuss bestehen und weicht der Fachbereichsrat aufgrund dieser Bedenken vom Vorschlag des Berufungsausschusses ab, legt der Dekan den Vorschlag des Berufungsausschusses mit dem Beschluss des Fachbereichsrats dem Senat vor.

### **§ 13 a**

#### **Stellungnahme des Präsidialkollegiums**

Nach der Beschlussfassung des Fachbereichsrats kann die Leitung der Hochschule zu der Vorschlagsliste Stellung nehmen; erhebt sie gegen diese Einwendungen, berät und beschließt der Fachbereichsrat unter Würdigung dieser Einwendungen erneut die Vorschlagsliste. Werden die Einwendungen nicht ausgeräumt, kann die Leitung der Hochschule eine Stellungnahme zu der Vorschlagsliste abgeben, die neben dem Beschluss des Fachbereichsrats Grundlage für die Beschlussfassung des Senats (Art. 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 BayHSchG) ist.

### **§ 14**

#### **Beschluss der Vorschlagsliste durch den Senat**

(1) Der Senat beschließt die Vorschläge für die Berufung von Professoren auf der Grundlage des Beschlusses des Fachbereichsrats und im Falle des § 13a Satz 2 auch auf der Grundlage der Stellungnahme des Präsidialkollegiums. Er hat dabei sicherzustellen, dass die Interessen der gesamten Universität berücksichtigt werden.

(2) Erhebt der Senat gegen die Vorschlagsliste Bedenken, erhält die Fakultät Gelegenheit, sich innerhalb einer vom Senat festgesetzten Frist von mindestens zwei Wochen zu äußern; die Fakultät kann die Vorschlagsliste ändern. Werden die Bedenken des Senats nicht ausgeräumt und weicht der Senat dann von der Vorschlagsliste der Fakultät ab, hat der Präsident den Dekan der Fakultät davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

## **§ 15**

### **Besondere Regelungen für das Biozentrum**

An Berufungsverfahren für Professorenstellen des Biozentrums ist die Leitung des Biozentrums angemessen zu beteiligen. Dem Antrag gemäß § 11 Abs. 2 Satz 2 ist eine Stellungnahme der Leitung des Biozentrums beizufügen, die Bestandteil der Unterlagen für das weitere Verfahren innerhalb der Universität ist und dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst vorgelegt wird. Dem jeweiligen Berufungsausschuss gehört der Sprecher des Biozentrums stimmberechtigt an. An der Sitzung des Fachbereichsrates gemäß § 13 nimmt er mit beratender Stimme teil. Für die Vorschlagsliste gilt Satz 2 entsprechend.

## **§ 16**

### **Sondervoten**

(1) Zu der vom Fachbereichsrat beschlossenen Vorschlagsliste kann jeder Professor der entsprechenden Fakultät sowie jeder Professor, der dem Berufungsausschuss angehört, ein die Vorschläge ergänzendes oder änderndes Sondervotum abgeben. Das Sondervotum muss dem Dekan innerhalb einer Woche nach der Beschlussfassung im Fachbereichsrat in Form einer Vorschlagsliste vorgelegt werden.

(2) Der Dekan leitet das Sondervotum zusammen mit der Vorschlagsliste an die Hochschulleitung weiter. Der Präsident legt ein nicht berücksichtigtes Sondervotum mit der Vorschlagsliste des Senats dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst vor.

(3) Zu der vom Senat beschlossenen Vorschlagsliste kann jeder dem Senat angehörende Professor und jedes Mitglied der Hochschulleitung ein Sondervotum abgeben. Das Sondervotum muss in der Sitzung angemeldet werden, in der der Senat die Vorschlagsliste beschließt. Es muss innerhalb einer Woche nach Beschlussfassung im Senat in Form einer Vorschlagsliste vorgelegt werden. Der Präsident legt das Sondervotum mit der Vorschlagsliste des Senats dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst vor und gibt dem Dekan das Sondervotum zur Kenntnis.

(4) Weicht der Senat von der Vorschlagsliste der Fakultät ab, kann jeder Professor, der nach Absatz 1 dazu berechtigt ist, ein ergänzendes oder änderndes Sondervotum vorlegen. Absatz 3 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(5) Für ein Sondervotum ist Art. 56 Abs. 6 Sätze 1 und 5 BayHSchG zu beachten.

## **VI. Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter**

### **§ 17**

#### **Bildung des Konvents**

- (1) Die Gremienvertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter bilden zur Koordinierung ihrer Tätigkeit in den Kollegialorganen und zur gegenseitigen Information den Konvent der wissenschaftlichen Mitarbeiter.
- (2) Der Konvent wählt aus seiner Mitte für eine Amtszeit von jeweils zwei Jahren einen Sprecher und zwei Stellvertreter.

## **VII. Frauenbeauftragte**

### **§ 18**

#### **Stellung, Funktion, Rechte und Pflichten der Frauenbeauftragten**

- (1) Stellung, Funktion sowie Rechte und Pflichten der Frauenbeauftragten ergeben sich aus Art. 21 Abs. 1 Sätze 5 und 6, Art. 34 und Art. 56 Abs. 4 Satz 5 BayHSchG. Frauenbeauftragte sind als solche nicht weisungsgebunden.
- (2) Bei Angelegenheiten, die unmittelbar die Wahrnehmung der Aufgaben nach Art. 34 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG betreffen, soll die Frauenbeauftragte der Universität gehört werden.
- (3) Die Frauenbeauftragten haben das Recht, nach Maßgabe des Art. 34 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG stimmberechtigt an den Sitzungen der Kollegialorgane, denen sie kraft Gesetzes angehören und mit beratender Stimme an den Sitzungen der Berufungsausschüsse ihrer Fakultät teilzunehmen. Die Universitäts-Frauenbeauftragte nimmt ferner als stimmberechtigtes Mitglied an den Sitzungen der Zentralen Kommission für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses teil.
- (4) Die jeweilige Fakultäts-Frauenbeauftragte gibt zu jeder Berufsungsliste die in Art. 56 Abs. 4 Satz 5 BayHSchG geforderte Stellungnahme ab. In Fachbereichen, die keine Fakultäts-Frauenbeauftragte haben, kann die Universitäts-Frauenbeauftragte die geforderte Stellungnahme zu den Berufsungslisten abgeben.
- (5) Um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Forschung und Lehre durchzusetzen, können die Frauenbeauftragten dem Vorsitzenden ihres Kollegialorgans Tagesordnungspunkte für die nächste Sitzung vorschlagen. Sie haben auch das Recht, sich unmittelbar an Vorgesetzte oder sonstige Stellen der Universität zu wenden, um im Einzelfall die spezifischen Interessen von Frauen wahrzunehmen oder um auf die Beseitigung von Benachteiligungen im Einzelfall hinzuwirken.
- (6) Die Frauenbeauftragten berichten dem Kollegialorgan (Senat, Fachbereichsrat), dem sie angehören, wenigstens einmal im Laufe ihrer Amtszeit über die von ihnen gesetzten Ziele und deren Verwirklichung.

## § 19

### Wahl, Stellvertretung, Amtszeit

- (1) Die Frauenbeauftragten und jeweils eine Stellvertretung werden für die Universität vom Senat, für die Fakultät vom Fachbereichsrat gewählt. Wählbar sind alle hauptberuflich tätigen Angehörigen des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals; es soll nach Möglichkeit eine Frau gewählt werden.
- (2) Die Wahl erfolgt jeweils für die Dauer der Amtszeit des Kollegialorgans (Senat, Fachbereichsrat); sie findet vor Ablauf der Amtszeit der im Amt befindlichen Frauenbeauftragten statt. Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Bei einer Verhinderung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen tritt an die Stelle der Frauenbeauftragten die Stellvertretung. Die Universitäts-Frauenbeauftragte kann sich in den Sitzungen der einzelnen Kommissionen auch jeweils durch eine Fakultäts-Frauenbeauftragte vertreten lassen, soweit diese sich für die gesamte Dauer ihrer Amtszeit zur Teilnahme an den Sitzungen einer Kommission bereit erklärt. Die Stellvertretung nimmt an Sitzungen der Kollegialorgane, denen die Frauenbeauftragte kraft Gesetzes als stimmberechtigtes Mitglied angehört, ohne Stimmrecht teil, wenn die Frauenbeauftragte der Gruppe der Professoren, die Stellvertretung aber einer anderen Mitgliedergruppe angehört.

## § 20

### Konferenz der Frauenbeauftragten

- (1) Die Universitäts-Frauenbeauftragte, ihre Stellvertretung und die Fakultäts-Frauenbeauftragten bilden die Konferenz der Frauenbeauftragten. Vorsitzende ist die Universitäts-Frauenbeauftragte.
- (2) Die Konferenz tagt wenigstens einmal im Semester zur Erörterung ihrer Belange. Zur Sitzung sind vier Studentinnen einzuladen, die vom Studentischen Konvent benannt werden. Die Studentinnen müssen vier verschiedenen Fakultäten angehören und wenigstens vier Fachsemester an der Universität Würzburg studiert haben.

## VIII. Studentenvertretung

## § 21

### Studentischer Konvent

- (1) Der Studentische Konvent ist von seinem Vorsitzenden mindestens zweimal im Semester, nach Möglichkeit zu Beginn und gegen Ende der Vorlesungszeit, schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen.
- (2) Der Studentische Konvent ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Andernfalls hebt der Konventsvorsitzende die Sitzung auf und beruft sie unter Einhaltung der Tagesordnung binnen zweier Wochen neu ein; in diesem Fall ist der Studentische Konvent ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(3) Der Vorsitzende des Studentischen Konvents hat einmal im Semester alle Studierenden zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung einzuladen. Die Mitglieder des Studentischen Konvents, des Sprecherrates und die studentischen Mitglieder im Senat werden hierzu schriftlich eingeladen.

(4) In der Informationsveranstaltung berichtet der Sprecherrat den Studierenden über seine Tätigkeiten. Die Studierenden haben die Möglichkeit, sich über die Arbeit ihrer Vertreter in den Gremien und über laufende Projekte, Arbeitskreise und Veranstaltungen zu informieren und sich hierzu zu äußern.

## **§ 22**

### **Sprecherrat**

(1) Der Sprecherrat tritt nach seiner Wahl erstmals spätestens in der zweiten Woche nach Vorlesungsbeginn zusammen. Sprecherratssitzungen finden während der Vorlesungszeit mindestens einmal im Monat statt. Der Sprecherrat führt über seine Sitzungen Protokoll.

(2) Die Sitzungen werden vom erstgewählten Sprecher schriftlich einberufen. Die Ladungsfrist beträgt eine Woche, in der vorlesungsfreien Zeit zwei Wochen. Auf Verlangen der Hälfte der Mitglieder ist eine Sitzung einzuberufen. Der Sprecherrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Ein Antrag, der nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, gilt als abgelehnt.

(3) Der Sprecherrat legt dem Studentischen Konvent wenigstens einmal im Jahr, und zwar am Ende seiner Amtszeit, Rechenschaft über seine Arbeit ab. Er ist an die Beschlüsse des Studentischen Konvents gebunden, soweit sie Arbeitsaufträge im Rahmen des Art. 68 Abs. 4 BayHSchG beinhalten.

(4) Ein Mitglied des Sprecherrates kann von seinem Amt zurücktreten, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Studentische Konvent. Der Studentische Konvent wählt binnen zweier Wochen einen Nachfolger.

## **§ 23**

### **Fachschaftsvertretung und Fachschaftssprecher**

(1) Die Fachschaftsvertretung tritt nach ihrer Wahl erstmals spätestens in der zweiten Woche nach Vorlesungsbeginn zusammen. Sie ist mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit einzuberufen. Sie muss darüber hinaus binnen zweier Wochen einberufen werden, wenn dies ein Viertel der Mitglieder schriftlich verlangt.

(2) Die Sitzungen werden vom Fachschaftssprecher schriftlich einberufen. Die Ladungsfrist beträgt eine Woche, in der vorlesungsfreien Zeit zwei Wochen. Die Fachschaftsvertretung ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Ist sie nicht beschlussfähig, beruft sie der Fachschaftssprecher innerhalb von zwei Wochen neu ein; in diesem Fall ist die Fachschaftsvertretung ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

(3) Der Fachschaftssprecher führt die laufenden Geschäfte der Fachschaftsvertretung und vollzieht deren Beschlüsse. Stellvertreter des Fachschaftssprechers ist das Mitglied der Fachschaftsvertretung, das bei der Wahl die zweitmeisten Stimmen erhalten hat.

(4) Die Fachschaftsvertretung hat in einem Verwendungsplan über die Ausgaben der Haushaltsmittel zu beschließen.

## **IX. Wahlvorschriften**

### **1. Abschnitt: Wahl des Präsidenten**

#### **§ 24**

##### **Allgemeines**

Die Wahl des Präsidenten durch den erweiterten Senat findet spätestens zehn Wochen vor Ablauf der Amtszeit des im Amt befindlichen Präsidenten statt. Ort und Zeit der Wahl werden durch den Wahlleiter festgelegt.

#### **§ 25**

##### **Wahlorgane**

- (1) Wahlorgane sind der Wahlleiter und der Wahlausschuss.
- (2) Wahlleiter ist der Kanzler. Dem Wahlleiter obliegt die Durchführung der Wahl.
- (3) Der Wahlausschuss besteht aus vier Mitgliedern des erweiterten Senats, und zwar nach Möglichkeit aus je einem Vertreter der vier Gruppen. Er wird zugleich mit je einem Ersatzmann für jedes Mitglied vom Senat bestellt und wählt seinen Vorsitzenden aus seiner Mitte. Ein Angehöriger des Wahlausschusses, der in einem Wahlvorschlag genannt wird, ist zu ersetzen.
- (4) Aufgabe des Wahlausschusses ist
  - a) die Entscheidung über die Gültigkeit der bei der Wahl abgegebenen Stimmen,
  - b) die Entscheidung über Einwendungen, die während der Wahlsitzung mit der Begründung erhoben werden, dass die Wahl nicht ordnungsgemäß verlaufe.

#### **§ 26**

##### **Ausschreibung**

- (1) Die Stelle des Präsidenten wird spätestens 28 Wochen vor Ablauf der Amtszeit des im Amt befindlichen Präsidenten öffentlich ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist soll nicht kürzer als drei Wochen sein.
- (2) Die Ausschreibung obliegt dem Präsidialkollegium.

## § 27

### Erstellung der Vorschlagsliste und Ladung zur Wahl

- (1) Nach Ablauf der Bewerbungsfrist erstellt der Senat die Vorschlagsliste. In die Vorschlagsliste können auch Personen aufgenommen werden, die sich nicht beworben haben, wenn sie ihr Einverständnis schriftlich erklärt haben.
- (2) Die Vorschlagsliste muss für jeden Vorgeschlagenen
  - a) den Namen und den Vornamen,
  - b) gegebenenfalls den akademischen Grad,
  - c) das Geburtsdatum,
  - d) die Amts- und Berufsbezeichnung,
  - e) genaue Angaben über die Stelle, an der, und die Stellung, in der er tätig ist,
 enthalten. Die Bewerbungen der Vorgeschlagenen sind mit allen Anlagen beizufügen. Soweit Personen vorgeschlagen werden, die sich nicht beworben haben, tritt an die Stelle der Bewerbung die Einverständniserklärung.
- (3) Alle Mitglieder des erweiterten Senats haben das Recht, die vollständigen Bewerbungsunterlagen einzusehen.
- (4) Die Mitglieder des erweiterten Senats sind spätestens am 35. Tag vor der Wahl schriftlich zu laden. Mit der Ladung erhalten sie die Vorschlagsliste des Senats ohne die in Abs. 2 Sätze 2 und 3 genannten Anlagen.

## § 28

### Wahl

- (1) Der Kanzler leitet die Wahl. Er eröffnet die Sitzung und stellt fest, ob die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Wahl gegeben sind. Die Wahl kann durchgeführt werden, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist; schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden bei der Feststellung mit berücksichtigt. Sodann gibt der Wahlleiter die gültigen Wahlvorschläge bekannt. Er informiert den erweiterten Senat über Person und Werdegang der vorgeschlagenen Kandidaten und gibt diesen Gelegenheit zur Vorstellung.
- (2) Eine Personalbefragung und eine Aussprache finden nur statt, wenn ein Fünftel der Mitglieder des erweiterten Senats dies verlangt; Personalbefragung und Aussprache können durch Beschluss des erweiterten Senats auf zwei Stunden begrenzt werden.
- (3) Gewählt wird in geheimer Abstimmung mit amtlichen Stimmzetteln nach den Grundsätzen der Personenwahl. Auf dem Stimmzettel sind die Kandidaten in der vom Senat festgelegten Reihenfolge aufzuführen. Jedes Mitglied des erweiterten Senats hat eine Stimme. Der Wähler hat sich auf Verlangen über seine Person auszuweisen.
- (4) Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn
  1. auf ihm keiner der vorgeschlagenen Kandidaten gekennzeichnet ist (Stimmenthaltung),
  2. mehr als einer der vorgeschlagenen Kandidaten gekennzeichnet ist,
  3. in ihm eine Person benannt ist, die nicht vorgeschlagen ist,
  4. er Zusätze oder Vorbehalte enthält,

5. der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei erkennbar ist.

Über die Gültigkeit eines Stimmzettels entscheidet der Wahlausschuss.

(5) Gewählt ist, wer im ersten oder zweiten Wahlgang mehr als die Hälfte der Stimmen aller Mitglieder des erweiterten Senats erhält. Erreicht kein Kandidat diese Mehrheit, findet als dritter Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen im zweiten Wahlgang statt. Kommen mehrere Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl für eine Stichwahl in Betracht, entscheidet über die Teilnahme an der Stichwahl ein weiterer Wahlgang. An der Stichwahl nimmt derjenige Kandidat teil, der die höchste Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erbringt dieser Wahlgang keine Entscheidung, entscheidet über die Teilnahme an der Stichwahl das Los. In der Stichwahl ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit findet ein weiterer Wahlgang statt. Endet auch dieser mit Stimmengleichheit, ist die Wahl nicht zustande gekommen.

(6) Kandidieren nur zwei Bewerber, gilt Absatz 5 sinngemäß.

(7) Kandidiert nur ein Bewerber, ist er gewählt, wenn die Zahl der abgegebenen gültigen Ja-Stimmen die Zahl der abgegebenen gültigen Nein-Stimmen übersteigt.

(8) Der Wahlleiter gibt das Wahlergebnis bekannt.

(9) Über den Ablauf der Wahl wird eine Niederschrift gefertigt, die der Wahlleiter unterzeichnet.

## **§ 29**

### **Annahme der Wahl**

Der Wahlleiter teilt dem Gewählten das Wahlergebnis mit und fordert ihn auf, zur Niederschrift oder binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Geht bis dahin keine Erklärung ein, gilt die Wahl als abgelehnt.

## **§ 30**

### **Wiederholung der Wahl**

(1) Ist die Wahl nicht zustande gekommen, weil die Mehrheit der Mitglieder nicht oder nicht mehr anwesend war, ist die Wahl innerhalb von drei Wochen zu wiederholen. In diesem Fall ist die Wahl ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden vorzunehmen (Art. 48 Abs. 3 Satz 6 BayHSchG). Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen. Für eine Wahl genügt die Mehrheit der Stimmen der Anwesenden, einschließlich der übertragenen Stimmen.

(2) Hat der Gewählte die Wahl nicht angenommen oder ist die Wahl aus anderen als den in Absatz 1 genannten Gründen nicht zustande gekommen, ist die Wahl frühestens nach sechs Wochen vom Tag der Wahl an gerechnet, spätestens im folgenden Semester, zu wiederholen. In diesem Fall kann der Senat seine Vorschlagsliste bis zum 21. Tag vor der Wiederholung der Wahl ändern oder ergänzen. Die Stelle des Präsidenten kann noch einmal öffentlich ausgeschrieben werden; die Entscheidung trifft der Senat.

- (3) Die Mitglieder des erweiterten Senats sind spätestens eine Woche vor der Wiederholung der Wahl schriftlich zu laden. Mit der Ladung erhalten sie die ergänzte Vorschlagsliste.

## **2. Abschnitt: Wahl der anderen Mitglieder des Präsidialkollegiums**

### **§ 31**

#### **Allgemeines**

Die anderen Mitglieder des Präsidialkollegiums mit Ausnahme des Kanzlers werden vom erweiterten Senat in getrennten Wahlgängen spätestens zehn Wochen vor Ablauf der Amtszeit der im Amt befindlichen Mitglieder des Präsidialkollegiums gewählt.

### **§ 32**

#### **Wahlvorschläge und Ladung zur Wahl**

- (1) Der Präsident erstellt rechtzeitig eine Vorschlagsliste. § 27 Abs. 2 Satz 1 gilt entsprechend. Der Vorschlagsliste ist eine Einverständniserklärung der vorgeschlagenen Kandidaten beizufügen.
- (2) Die Mitglieder des erweiterten Senats sind spätestens am 35. Tage vor der Wahl schriftlich zu laden. Mit der Ladung erhalten sie die Vorschlagsliste des Präsidenten.

### **§ 33**

#### **Wahl**

- (1) Für den Ablauf der Wahl gilt § 28 entsprechend. Der Präsident hat das Recht, die Wahlvorschläge zu erläutern und zu begründen.
- (2) § 29 Satz 1 gilt entsprechend. Die Wahl kann nur binnen einer Woche aus wichtigem Grund schriftlich gegenüber dem Wahlleiter abgelehnt werden. Ob ein wichtiger Grund gegeben ist, entscheidet der Wahlausschuss.

### **§ 34**

#### **Wiederholung der Wahl**

- (1) Nimmt ein Gewählter die Wahl aus wichtigem Grund nicht an oder kommt eine Wahl nicht zustande, ist die Wahl unverzüglich, frühestens jedoch nach drei Wochen, zu wiederholen.
- (2) Für die Wahl kann der Präsident seine Vorschlagsliste bis zum 14. Tag vor der Wiederholung der Wahl ändern oder ergänzen.
- (3) § 30 Abs. 1 gilt entsprechend; Absatz 2 findet in diesem Fall keine Anwendung.
- (4) Die Mitglieder des erweiterten Senats sind spätestens eine Woche vor der Wiederholung der Wahl schriftlich zu laden. Mit der Ladung erhalten sie die neuen Wahlvorschläge.

### **3. Abschnitt: Wahl des Dekans, des Prodekans und des Studiendekans**

#### **§ 35**

#### **Wahl des Dekans, des Prodekans und des Studiendekans**

- (1) Die Wahl des Dekans findet vor Ablauf der Amtszeit des im Amt befindlichen Dekans in der Vorlesungszeit statt. Ort und Zeit der Wahl setzt der Dekan fest. Der Dekan lädt die Mitglieder des Fachbereichsrates schriftlich unter Einhaltung einer Ladungsfrist von einer Woche zur Wahl.
- (2) Der Dekan leitet die Wahl. Steht er selbst zur Wiederwahl, leitet der Prodekan die Wahl; steht auch dieser zur Wahl, leitet das Mitglied des Fachbereichsrates, das der Universität Würzburg am längsten als Professor angehört, die Wahl.
- (3) Wählbar sind aus dem Kreis der Professoren des Fachbereichs die Professoren, die zur Wahl vorgeschlagen sind. Wahlvorschläge können von den Mitgliedern des Fachbereichsrates bis zum Beginn der Wahlhandlung gemacht werden. Gewählt wird ohne Aussprache schriftlich in geheimer Abstimmung. Jedes Mitglied des Fachbereichsrates hat eine Stimme. § 28 Abs. 4 gilt entsprechend.
- (4) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Fachbereichsrates auf sich vereinigt. Erreicht kein Kandidat im ersten Wahlgang diese Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang statt. Erreicht auch in diesem Wahlgang kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, ist als Dekan gewählt, wer die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt hat. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl; ergibt diese wiederum Stimmengleichheit, entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los. Kandidiert nur ein Bewerber, ist er gewählt, wenn die Zahl der abgegebenen gültigen Ja-Stimmen die Zahl der gültigen Nein-Stimmen übersteigt.
- (5) Die Wahl zum Dekan kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Ob ein wichtiger Grund gegeben ist, entscheidet der Fachbereichsrat.
- (6) Nimmt der Gewählte die Wahl aus wichtigem Grund nicht an oder kommt eine Wahl nicht zustande, ist unverzüglich eine neue Wahl anzusetzen. Beschließt der Fachbereichsrat die sofortige Wiederholung der Wahl in der Sitzung, können weitere Wahlvorschläge bis zum Beginn der Wahlhandlung unterbreitet werden.
- (7) Eine Abwahl ist ausgeschlossen.
- (8) Für die Wahl des Prodekans gilt, dass er aus dem Kreis der Vertreter der Professoren im Fachbereichsrat gewählt wird; im Übrigen gelten die Absätze 1-7 entsprechend. Für die Wahl des Studiendekans gilt, dass er aus dem Kreis der im Fachbereich hauptberuflich tätigen Professoren gewählt wird; die Vertreter der Studenten im Fachbereichsrat legen diesem unbeschadet des Vorschlagsrechts der sonstigen Mitglieder des Fachbereichsrats einen Vorschlag vor; im Übrigen gelten die Absätze 1-7 entsprechend. Wahlleiter für die Wahl des Prodekans und des Studiendekans ist der Dekan. Werden Dekan, Prodekan und Studiendekan gleichzeitig gewählt, findet die Wahl in getrennten Wahlgängen statt.

#### **4. Abschnitt: Wahl des Vorsitzenden des Studentischen Konvents und des Sprecherrats**

##### **§ 36**

##### **Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters**

- (1) Der Studentische Konvent wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter in getrennten Wahlgängen. Ort und Zeit der Wahl setzt der Präsident fest. Die Ladung der Mitglieder des Studentischen Konvents hat spätestens eine Woche vor der Wahl schriftlich unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen.
- (2) Der Präsident leitet die Sitzung, bis der neu gewählte Vorsitzende des Studentischen Konvents die Wahl angenommen hat. Er bestellt einen Protokollführer, der über die Wahl eine Niederschrift führt.
- (3) Jedes Mitglied des Studentischen Konvents kann zur Wahl des Vorsitzenden einen Kandidaten vorschlagen. Wahlvorschläge können in der Sitzung bis zur Eröffnung der Wahl abgegeben werden. Vor Beginn der Wahl erhalten die Kandidaten Gelegenheit zur Vorstellung. Eine Aussprache findet nicht statt.
- (4) Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel. Jedes Mitglied des Studentischen Konvents hat eine Stimme; § 28 Abs. 4 gilt entsprechend.
- (5) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Studentischen Konvents auf sich vereinigt. Erreicht im ersten Wahlgang kein Kandidat die erforderliche Mehrheit, findet in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den beiden Kandidaten statt, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht haben. Haben mehrere Kandidaten die gleiche Stimmenzahl, entscheidet über die Teilnahme an der Stichwahl das Los. Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die meisten Stimmen erhält; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Kandidieren nur zwei Bewerber, gelten die Sätze 1, 2 und 4 sinngemäß. Kandidiert nur ein Bewerber, ist er gewählt, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen die Zahl der gültigen Nein-Stimmen übersteigt.
- (6) Der Präsident teilt dem Gewählten unverzüglich das Wahlergebnis mit. Die Wahl ist angenommen, wenn nicht spätestens am dritten Tag nach Zugang der Benachrichtigung eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund beim Präsidenten eingegangen ist.
- (7) Nimmt ein Gewählter die Wahl nicht an, oder kommt eine Wahl nicht zustande, findet, sofern die Wahl nicht sofort in der Sitzung wiederholt wird, spätestens zwei Wochen nach dem Wahltag eine neue Wahl statt.
- (8) Scheidet der Vorsitzende des Studentischen Konvents vorzeitig aus dem Amt, ist innerhalb von drei Wochen eine Neuwahl durchzuführen. Die Frist ist während der vorlesungsfreien Zeit gehemmt. Für das Wahlverfahren gelten die Absätze 1 bis 7 entsprechend. Bis zur Neuwahl eines Vorsitzenden führt der Stellvertreter die Geschäfte des Vorsitzenden fort.
- (9) Für die Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden gelten die Absätze 1 bis 8 entsprechend.
- (10) Eine Abwahl ist ausgeschlossen.

## § 37 Wahl des Sprecherrates

- (1) Der Studentische Konvent wählt in getrennten Wahlgängen die Mitglieder des Sprecherrats. Die Wahl findet unmittelbar im Anschluss an die Wahl des Vorsitzenden des Studentischen Konvents und seines Stellvertreters statt.
- (2) Die Wahl wird vom Vorsitzenden des Studentischen Konvents oder im Verhinderungsfall von seinem Stellvertreter geleitet. Über die Wahl ist eine Niederschrift anzufertigen.
- (3) Jeder Wahlberechtigte kann in jedem Wahlgang jeweils nur einen Kandidaten vorschlagen. Die Wahlvorschläge werden in der Sitzung abgegeben.
- (4) § 36 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 3 Satz 3 und Abs. 4 bis 8 gelten entsprechend. Auf Antrag von fünf Mitgliedern des Studentischen Konvents findet eine Befragung zur Person statt. Nach deren Abschluss hat auf Verlangen von fünf Mitgliedern eine Personaldebatte stattzufinden. Personalbefragung und Debatte sind auf eine Stunde begrenzt. Sie können mit Mehrheit der Anwesenden um höchstens eine Stunde verlängert werden.

## 5. Abschnitt: Wahl der Klinikumskonferenz

### § 37 a Klinikumskonferenz

- (1) Die zu wählenden Vertreter in der Klinikumskonferenz werden in jeweils nach Gruppen getrennten Wahlgängen vom Personal des Klinikums in gleicher, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Personenwahl) unmittelbar gewählt. Für die Wahlen bilden jeweils eine Gruppe:
  1. Die nichtliquidationsberechtigten Professoren,
  2. das sonstige ärztlich-wissenschaftliche Personal,
  3. der Pflegedienst,
  4. das sonstige nichtwissenschaftliche Personal.
- (2) Wahlberechtigt und wählbar ist jeder dem Personal des Klinikums der Universität Angehörige, der zum Zeitpunkt der Schließung des Wählerverzeichnisses in diesem bei der betreffenden Gruppe eingetragen ist. Das Wählerverzeichnis wird von der Verwaltung des Klinikums erstellt. Es muss mindestens während der letzten drei Werktage vor der Schließung an geeigneter Stelle innerhalb des Klinikums zur Einsicht ausgelegt werden.
- (3) Wahlleiter ist der Verwaltungsdirektor des Klinikums. Sein Stellvertreter im Amt ist Stellvertreter des Wahlleiters. Dem Wahlausschuss gehört je ein Vertreter der in Abs. 1 Satz 2 genannten Gruppen an. Die Mitglieder des Wahlausschusses werden vom Klinikumsvorstand bestellt. Das Personal des Klinikums kann zur Übernahme von Wahlhelferaufgaben verpflichtet werden.
- (4) Die Amtszeit der Vertreter in der Klinikumskonferenz beträgt vier Jahre. Sie beginnt am 1. November und endet am 31. Oktober. Die Wahl findet vor Ablauf der Amtszeit der im Amt befindlichen Vertreter in der Klinikumskonferenz statt.

(5) Vorschläge für die Wahl der Vertreter sind getrennt nach Gruppen zu machen (Wahlvorschläge). Ein Wahlvorschlag muss für die Gruppe der nichtliquidationsberechtigten Professoren von drei Personen, für die Gruppe des sonstigen ärztlich-wissenschaftlichen Personals von 10 Personen, für die Gruppe des Pflegedienstes von 20 Personen sowie für die Gruppe des sonstigen nichtwissenschaftlichen Personals von 10 Personen durch eigenhändige Unterschrift unterzeichnet werden, die für die Wahl in der jeweiligen Gruppe wahlberechtigt sind.

(6) Die Wahl erfolgt in Form der Briefwahl. Jede wahlberechtigte Person hat zwei Stimmen.

(7) Die Entscheidung, ob ein wichtiger Grund für einen Rücktritt des Gewählten von seinem Amt vorliegt sowie, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung der Wahl durch den Gewählten vorliegt, obliegt dem Klinikumsvorstand.

(8) Im Übrigen gelten die Regelungen der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 15. September 1989 (GVBl 1989, S. 475 ff) in ihrer jeweils geltenden Fassung zur Durchführung einer Briefwahl entsprechend.

## **X. Schlussvorschriften**

### **§ 38**

#### **Übergangsvorschriften**

Die Vorschriften der §§ 4, 5 und 8 Abs. 1 der bisher geltenden Grundordnung gelten bis zum Ablauf der Amtszeit der im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Grundordnung gewählten Vertreter der Gruppen nach Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 BayHSchG weiter. Die Versammlung nimmt für diesen Zeitraum die Aufgaben des erweiterten Senats wahr.

### **§ 39**

#### **In-Kraft-Treten**

Die Grundordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Zugleich tritt die Grundordnung vom 29. Februar 1984 außer Kraft.\*

---

\*Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten der Grundordnung in der ursprünglichen Fassung vom 20. Februar 1991 (Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst Teil II, Nr. 5, Seite 348 vom 14. Mai 1991)